Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt

Info-Kommunal

Städte- und Gemeindebund
Sternstraße 3
✉ Postfach 4009
39015 Magdeburg
☎ 0391/ 5924-300
Fax: 0391/ 5924-444
E-Mail: post@sgsa.komsanet.de

Landkreistag
Albrechtstraße 7
✉ Postfach 3663
39011 Magdeburg
☎ 0391/ 56531-0
Fax: 0391/ 56531-90
E-Mail: mail@lkt.komsanet.de

Magdeburg, 10.07.2006

Wo ist das Gesamtkonzept?

Kommunen wehren sich gegen FAG-Kürzung

Magdeburg.- „Die bloße Verschiebung von Schulden auf die kommunale Ebene löst die Haushaltsprobleme des Landes nur zum Schein. Wir haben keine Möglichkeit, rd. 170 Mio. Euro einzusparen, die das Land ab 2007 bei den Kommunalfinanzen kürzen will“, stellen die Präsidenten beider kommunaler Spitzenverbände Frau Ingrid Häußler und Dr. Michael Ermrich heute in Magdeburg klar.

„20 von 21 Landkreisen können schon heute die notwendigen Ausgaben nicht mehr finanzieren“, ärgert sich der Präsident des Landkreistages, Dr. Michael Ermrich. „Die auf Vorgabe des Landes erstellten Haushaltskonsolidierungskonzepte sind Makulatur. Die Kassenverstärkungskredite haben Rekordmarken erreicht und werden zwangsläufig weiter steigen müssen“.

„Über Kürzungen bei den Kommunalfinanzen ist man sich schnell einig, aber vor den politischen Fragen eines Aufgabenabbaus wird gekniffen“, meint die Präsidentin des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Halles Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler. Wer den Kommunen bestimmte Aufgaben vorschreibe und Standards setze, müsse sie auch bezahlen. Wer aus nachvollziehbaren Konsolidierungsgründen eine Partnerschaft mit den Kommunen suche, könne den Zusammenhang zwischen Aufgaben und ihren Kosten nicht negieren. „Wenn in Sachsen-Anhalt das Geld für öffentliche Leistungen nicht mehr vorhanden ist, muss politisch entschieden werden, was noch

geleistet werden kann. Wer Finanztransfers kürzt, muss die Gesetze entsprechend zurückfahren“, meint Frau Häußler.

Auf völliges Unverständnis stößt bei den Landkreisen und Kreisfreien Städten die Absicht, ungeachtet der Kostenentwicklung bei „Hartz IV“, die Kommunen an den steigenden Kosten der überörtlichen Sozialhilfe beteiligen zu wollen. Wenn das Land sogar eine Finanzierung von Landesaufgaben durch die Kommunen verlangt, sei jedes Maß überschritten. „Wir werden nicht auch noch Landesaufgaben finanzieren, während die Kostenentwicklung allein in der Verantwortung der Sozialagentur des Landes liegt“, waren sich die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände einig. Aus der Finanzmisere führe nur der Weg des Aufgaben-, Bürokratie- und Standardabbaus, aber nicht die Verteilung der Kosten nach unten.

V. i. S. d. P.:

Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel, Telefon: 0391/5924300,

Geschäftsführer Heinz-Lothar Theel, Telefon: 0391/5653110